Bezugspreise: für Halle monatlich bei zweimaliger Zustellung 3.00 Mark, vierteljährlich 9.00 Mark, durch die Post 7.50 Mark ausschl. Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen. Im amtlich. Zeitungsverzeichnis unter Saale-Zeitung eingetragen. Für unverlangt eingegangene Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit der Quellenangabe „Saale-Zeitung" gestattet. Fernr. der Schriftleitung Nr. 1140, der Anzeigen-Abtlg. Nr. 1142 u. 7411, der Bezugs-Abtlg. Nr. 1133.

Morgen-Ausgabe.

Saale-Zeitung

Vierundfünfzigster Jahrgang.

Anzeigenpreise: Die 8 gespaltene 34 mm breite Millimeterzeile oder deren Raum 30 Pf. und Reklamen die 92 mm breite Millimeterzeile 90 Pf. Anzeigen nehmen an unsere Geschäftsstellen u. sämtliche Anzeigengeschäfte. Erfüllungsort: Halle. Erscheint täglich 2 mal, Sonntags und Montags 1 mal. Schriftleitung und Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Neue Promenade 1a, Gr. Brauhausstr. 17. Neben-Geschäftsstellen: Große Ulrichstraße 52 und Markt 24. Postscheck-Konto Leipzig Nr. 4609.

Nr. 13. | Halle, Freitag, den 9. Januar 1920. | Einzelpreis 10 Pfg.

Das Gespenst des Generalstreiks.

Leipzig, 8. Januar. (Eigene Drahtnachricht.) Auf einer im Volkshause abgehaltenen Versammlung der Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre der Unabhängigen wurde mitgeteilt, daß in ganz Deutschland der Generalstreik erklärt werden solle, wenn das Betriebsrätegesetz in seiner jetzigen Fassung von der Nationalversammlung angenommen werde. Die Versammlung sprach sich zum überwiegenden Teil für den Generalstreik aus, doch sollen im Laufe dieser Woche die einzelnen Gewerkschaften noch zur Frage des Generalstreiks Stellung nehmen.

Guter Verlauf der Verhandlungen mit den Eisenbahnern.

WTB. Berlin, 8. Januar. (Amtlich.) Drahtnachricht. Die Verhandlungen über den Lohntarif mit den Eisenbahnerspitzen-Organisationen nehmen auch weiterhin einen guten Verlauf. In den letzten Tagen ist Einverständnis über die Bildung von Lohn-Ortsgruppen in den Eisenbahndirektionsbezirken Köln, Saarbrücken, Elberfeld und Essen erzielt worden. Ferner hat eine Einigung darüber stattgefunden, daß der Unterschied im Stundenlohn zwischen den einzelnen Lohnortsgruppen 20 Pfennig betragen soll.

Aus den Streikgebieten.

WTB. Düsseldorf, 8. Januar. (Drahtnachricht.) Der Schnellzug Berlin—Köln wird bisher durch Umleitung der Züge durch das besetzte Gebiet aufrecht erhalten, so daß noch eine Verbindung zwischen Berlin und Westdeutschland besteht. Jede Verbindung Düsseldorf, wo der Eisenbahnverkehr völlig ruht, mit dem Industriegebiet war heute vormittag unterbrochen. Die Lebensmittelversorgung Düsseldorfs ist bei längerem Anhalten des Streiks bedroht.

WTB. Essen (Ruhr), 8. Januar. Der Ausstand der Eisenbahnarbeiter im hiesigen Bezirk hat sich weiter ausgedehnt. Auf dem Bahnhof Mülheim an der Ruhr wird nur teilweise gestreikt, so daß der durchgehende Verkehr noch nicht lahmgelegt ist. Auf dem Dortmunder Hauptbahnhof sind sämtliche Arbeiter ausständig. Der Betrieb wird notdürftig aufrechterhalten. Auf der Strecke Dortmund-Bahnhof-Unna-Hamm liegt der Betrieb infolge der Ausdehnung des Streiks im Elberfelder Bezirk still. Der Zugverkehr zwischen Witten und Hagen ist völlig unterbunden.

WTB. Dortmund, 8. Januar. (Drahtnachricht.) Hier hat sich die Lage im Eisenbahnarbeiterstreik verschärft. Sämtliche Arbeiter der Eisenbahnbetriebswerkstätten, etwa 3000 Mann, streiken. Auch auf der Güterabfertigung des Hauptbahnhofes sind sämtliche Arbeiter ausständig. Der Güterverkehr kann nur in ganz geringem Umfange aufrecht erhalten werden. Der Personenverkehr hat bis jetzt keine weitere Einschränkung erfahren.

Vom Streik im Versicherungsgewerbe.

WTB. Berlin, 8. Januar. Wie die „B. Z. a. M." meldet, hat der Streik im Versicherungsgewerbe begonnen. Doch ist das baldige Abbrechen durch Verhandlungen wahrscheinlich. Eine endgültige Erklärung des Arbeitgeberverbandes liegt noch nicht vor. Doch nimmt man an, daß das Reichsarbeitsministerium die Parteien noch heute abend zu Verhandlungen zusammen bekommt. Entsprechend den gestrigen Beschlüssen der Berliner Organisationen der Versicherungsangestellten hat die überaroße Mehrzahl des Büropersonals der großen Gesellschaften heute früh die Arbeit nicht aufgenommen. Vor den Gebäuden der großen Gesellschaften standen schon zu früher Morgenstunde ganze Ketten von Streikposten, die das Betreten der Büros durch Arbeitswillige unmöglich machen wollten. Dabei kam es zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen beiden Parteien. In einem Falle vorübergehend sogar zum Handgemenge, so bei der Züricher Versicherungsgesellschaft in der Taubenstraße und in der gleichen Straße bei dem Büro der Allianz, deren Angestellte zum großen Teil ebenfalls arbeitswillig sind.

Noch keine Einigungsaussicht.

Berlin, 8. Januar. (Eigene Drahtnachricht.) Entgegen anderslautenden Nachrichten erfahren wir, daß im Streik der Versicherungsangestellten eine baldige Einigung vorläufig nicht zu erwarten ist. Wie wir aus dem Arbeitsministerium hören, ist bis zum Abend eine Bereitwilligkeitserklärung der Arbeitgeber zu Verhandlungen noch nicht erfolgt, trotzdem mehrfach Anregungen an die Arbeitgeber ergangen sind.

Leipzig, 8. Januar. (Eigene Drahtnachricht.) Nach Ablehnung des vom Arbeitsministerium vorgeschlagenen Ausschusses zur Erzwingung des neuen Tarifs im Versicherungsgewerbe sind heute die Versicherungsangestellten in den Streik getreten. Die Zahl der Ausständigen beträgt 2000.

Ultimatum?

WTB. Berlin, 8. Januar. Zum Streik der Versicherungsangestellten meldet die „Voss. Zeitung": Der Zentralverband der Angestellten und der Gewerkschaftsbund hätten sich dahin geeinigt, den Arbeitgebern ein Ultimatum zu stellen, sich bis mittag 1 Uhr zu Einigungsverhandlungen bereit zu erklären, widrigenfalls sich der Gewerkschaftsbund dem Streik anschließen würde.

Eine Darstellung unserer Brot- und Getreideversorgung.

Dresden, 8. Januar. (Eigene Drahtnachricht.) Das sächsische Wirtschaftsministerium gibt eine ausführliche Darstellung unserer Brot- und Getreideversorgung. Danach ist das abgelaufene Jahr in bezug auf die Ernteverhältnisse eines der ungünstigsten seit langem gewesen. Bis vor kurzem ist die Lieferung von Brotgetreide um etwa eine Million Tonnen gegenüber dem Vorjahre rückständig gewesen. Es kommt jetzt darauf an, vorhandene Vorräte sobald wie möglich zu erfassen, damit wir im Frühjahr keine schwere Krisis in unserer Brotversorgung erleben. Nur durch die Stärkung der eigenen Erzeugung können wir uns vor dem Schicksal Wiens und Oesterreichs bewahren.

Einberufung des Städtetages?

Leipzig, 8. Januar. (Eigene Drahtnachricht.) Die Leipziger Stadtverordneten nahmen einen Dringlichkeitsantrag der U. S. P. an auf sofortige Einberufung des Deutschen Städtetages, der sich mit der drohenden Hungersnot der Großstädte beschäftigen soll. Der zweite Teil des Antrages, bei der Regierung Protest einzulegen gegen das neue Milliardengeschenk an die Agrarier und gegen die Ernährungspolitik der Regierung, und die übrigen Staaten einzuladen, sich diesem Protest anzuschließen, wurde abgelehnt.

WTB. Berlin, 8. Januar. Die dem Aufsichtsrat der Reichsgetreidestelle angehörigen Vertreter der deutschen Städte haben beim Vorsitzenden des Aufsichtsrats beantragt, letzteren schleunigst einzuberufen, um über den Vorrat und die Zufuhr der Reichsgetreidestelle im einzelnen unterrichtet zu werden.

Die Wacht im Osten.

Dresden, 8. Januar. (Eigene Drahtnachricht.) Zum Schutze der Provinz Ostpreußen vor dem Einfall polnischer Banden und zur Verstärkung des dortigen Grenzschutzes sind auch sächsische und preußische Truppen des Wehrkreiskommandos 4 in Stärke von mehreren Bataillonen mit Kavallerie, Artillerie und technischen Abteilungen nach Ostpreußen abgegangen.

Keine Proklamierung des Saarstaates.

Saarbrücken, 8. Januar. (Eigene Drahtnachricht.) Gegenüber einer Berliner Meldung, wonach die Proklamierung des Saarstaates für den 8. Januar oder 9. Januar vorgesehen sei, stellt die „Saarbrückener Zeitung" fest, daß nach ihrer Information eine solche Proklamierung bisher überhaupt nicht festgelegt sei.

Deutsche, die Polen werden müssen.

WTB. Berlin, 8. Januar. (Drahtnachricht.) General Le Rond hat am 3. Januar die deutsche Note über das Hultschiner Gebiet vom 3. November dahin beantwortet, daß der Oberste Rat die Ablehnung der Bitte der Hultschiner Bevölkerung auf die Einbeziehung ihres Gebietes in die oberschlesische Abstimmungszone beschlossen hat.

Antwort der Alliierten auf das Aide-Memoire.

WTB. Paris, 8. Januar. Wie „Temps" mitteilt, werden die Alliierten wahrscheinlich auf das deutsche Aide-Memoire in betreff der Bemerkungen zum Protokoll vom 1. November eine schriftliche Antwort erteilen, nur um in deutlicher Weise den Sinn der mündlichen von dem Vorsitzenden der deutschen Friedensdelegation vorgebrachten Argumente zu fixieren.

Am 15. Januar?

WTB. Paris, 8. Januar. Wie der „Intransigeant" mitteilt, kann der Austausch der Ratifikationsurkunden weder am 10. noch am 12., sondern frühestens am 15. Januar stattfinden.

Wie der „Intransigeant" zu wissen glaubt, wird der ehemalige Generalgouverneur von Algier, Senator Jonnart, jedenfalls zum Vorsitzenden der Wiedergutmachungskomission ernannt werden.

Kaiser Karl der Verräter.

Berlin, 8. Januar. (Eigene Drahtnachricht.) Die in der Ententepresse gemachten Mitteilungen über die Sonderfriedensverhandlungen Kaiser Karls, die auf einen Friedensschluß über den Kopf Deutschlands hinweg abzielten, erfahren eine Ergänzung durch eine Meldung des Pariser Korrespondenten des „Journal de Genève", die neue Einzelheiten über den Verrat Kaiser Karls bringt. Aus ihr geht hervor, daß Kaiser Karl der Entente gewisse Zugständnisse machen wollte, wenn ihm dafür eine Entschädigung in schlesischem und bayerischem Gebiet zugesichert würde. — Diese Meldung charakterisiert in übelster Weise das Vorgehen des Hauses Habsburg, das dem Feinde nicht nur Elsaß-Lothringen darbot, sondern auch auf Kosten des eigenen Bundesgenossen Gebietsteile zu erreichen trachtete.

Lenin über ein deutsch-russisches Bündnis.

Washington, 8. Januar. (Eigene Drahtnachricht.) Der „World" wird von ihrem Korrespondenten in Odessa über den Inhalt einer Unterredung, die ihm Lenin gewährte, berichtet: Danach erklärte Lenin auf die Frage über die Möglichkeit eines Bündnisses zwischen Sowjetrußland und Deutschland, daß ein solches Bündnis schwierig zu verwirklichen wäre. Indessen hätten die deutschen Fachleute viel für Rußland getan und dazu beigetragen, die Eisenbahnen, die Industrie und die Landwirtschaft wiederherzustellen.

Das neue Bulgarien.

Der Friede von Neuilly.

er. **Berlin, den 8. Januar 1920.**

Wie Deutschland, so geht auch Bulgarien mit einem unterschriebenen Friedensvertrag in das Jahr 1920 hinein. Das Versailles der Bulgaren heißt Neuilly. Als sie in Neuilly zum ersten Male vor den Konferenztisch Clemenceaus traten, setzte dieser, so erzählt man sich, ein verächtliches Lächeln auf und gestattete sich die witzig sein sollende Frage: Was ist Bulgarien eigentlich, ein Königreich oder eine Republik? Von dem Ernst und Geist der Verantwortlichkeit, den die Weltverteiler in Paris eigentlich haben sollten, keine Spur. Aus dem Handgelenk wurde wieder einmal die Balkanfrage gelöst, ohne Nationalitätenprinzip, ohne Volksabstimmung, ohne Wilsonpunkte. (Wer denkt noch an die?) Ministerpräsident Stambuliski unterzeichnete unter Assistenz des bulgarischen Außenministers und zuverlässigen Englandfreundes Madjarow einen demütigenden Schandvertrag, der Bulgarien zu einem Ländchen von weniger als 4 Millionen Einwohnern und etwas über 100 000 Quadratkilometer Umfang macht. Dieses Ländchen darf nur noch 20 000 Soldaten halten und muß 2½ Milliarden Franken in Gold als sogenannte Wiedergutmachungsentschädigung zahlen, immerhin ein Vorteil gegenüber Deutschland, das seinen Gläubigern einen Blankoscheck ausstellen mußte, auf den sie schreiben können, was sie wollen. Im übrigen Zerstückelung und vollständige Blutabzapfung wie gegenüber Deutschland. Das kleine Bulgarien besitzt eine ganz kleine Kohlengrube. Sie reicht nicht hin und her. Schon immer mußte englische Kohle eingeführt werden. Aber Strafe muß sein. Also 50 000 Tonnen bulgarische Kohle 5 Jahre lang für Serbien als Entschädigung für zerstörte serbische Bergwerke. Ganz nach Schema Saargebiet. Ebenso wird Bulgarien eine gewisse Menge Vieh an Serbien abliefern. Aber merkwürdig: Serbien hat mit Rumänien kürzlich einen Handelsvertrag über die Lieferung von Vieh abgeschlossen. Höchstwahrscheinlich werden es die bulgarischen Kühe sein, die man weiterverschiebt. Warum nicht? Der Sieg ist ein Geschäft. Er muß gründlich ausgenutzt werden. Es gibt Leute in Bulgarien, die nicht vergessen können, daß Punkt 11 der Kongreßbotschaft vom 8. Jan. 1918 vom Nationalitätenprinzip, von Recht und Gerechtigkeit auch im Hinblick auf den Balkan sprach. Was sie jetzt erleben, ist eine Gewaltgeographie auf politischer und strategischer Grundlage. Ein niemals strittiges Gebiet an der Bahnlinie Belgrad-Sofia kommt z. B. an Serbien. Warum? Weil die Einbuchtung auf Sofia in einer Tiefe von 40 Kilometer gestattet, die Hauptstadt Bulgariens unter die serbischen Kanonen zu stellen. Mazedonien, ein bulgarischer Begriff, noch 1912 in einem Abkommen, das zur Begründung des Balkanbundes führte, feierlich anerkannt, wird im Friedensvertrag von Neuilly mit keiner Silbe genannt. Das Land fällt an Serbien und Griechenland. Auch die Dobrudscha wird als solche nicht erwähnt. Urbulgarische Städte wie Baltschik und Dobritsch, in denen keine Rumänen, nur eine Minderheit von Türken leben, fallen an Rumänien. Thrazien geht verloren. Ebenso die Eisenbahn nach Dedeagatsch. Das Grenzstädtchen Zaribrod wird aus dem bulgarischen Volkskörper gerissen. Jede Grenzregulierung ein Shylockschnitt! Das neue bulgarische Parlament, in dem sich bei den letzten Wahlen Bauern und Sozialisten zu einer Mehrheit zusammengefunden haben, gab die einzig richtige Antwort auf die Demütigung von Neuilly. Sie beschloß eine Kundgebung, in der mit den schärfsten Ausdrücken gegen den Vertrag protestiert und dieser als ein Akt der Rache und der Ungerechtigkeit gekennzeichnet wird. Es heißt da u. a.: „Mit Zittern in der Seele hat die Sobranje davon Kenntnis genommen, daß man von allen Seiten Stücke aus dem lebenden Körper unseres Heimatlandes reißt. Wir legen vor dem Gewissen der ganzen Welt Verwahrung ein gegen die Art, wie man uns behandelt! Wir hatten nicht erwartet, daß das hohe Tribunal in Paris unsere Freiheit und Unabhängigkeit mit Füßen treten würde." — Wir in Deutschland hatten auch keine Fußtritte erwartet. Aber wir stecken sie täglich ein und in der Nationalversammlung scheint es niemand zu wagen, einen solchen Ton anzuschlagen, wie es unsere ehemaligen Verbündeten, die Bulgaren tun. Sollen wir uns von ihnen beschämen lassen?

Bedrohliche Lage in Bulgarien.

Hamburg, 8. Jan. (Eigene Drahtnachricht.) Dem „Hamburger Fremdenblatt" wird aus Paris gemeldet: Nach Berichten, die aus Sofia eingehen, scheint die revolutionäre Bewegung in Bulgarien ziemlich ernster Natur zu sein. Die bulgarische Zensur läßt keine genauen Angaben in das Ausland dringen. Die Zahl der Arbeitslosen, welche an den

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19200109012/fragment/page=0001

antidynastischen Kundgebungen auf den Straßen teilnahmen, wird auf 60 000 geschätzt. Es ereigneten sich blutige Zusammenstöße. Auf das Militär wurden Revolverschüsse abgegeben. Die Soldaten schossen darauf schonungslos in die Menge. Die Zahl der Toten und Verwundeten wird auf 100 geschätzt. In Sofia, welches militärisch besetzt ist, konnte die Ordnung wiederhergestellt werden. Auch aus der Provinz wird eine gewisse Erregung gemeldet, die jedoch bisher zu ernsten Unruhen nicht ausartete.

Abfindung der Hohenzollern.

Ein Vergleich zwischen Krone und Regierung.

Der Gesetzentwurf, durch den die Auseinandersetzung zwischen dem Königshause und der preußischen Regierung gesetzlich geregelt werden soll, ist im Staatsministerium fertiggestellt worden und wird in Bälde der Landesversammlung zugehen. Für die Auseinandersetzung ist die Form eines Vergleiches gewählt worden, in dem alle Werte, die nicht unbestrittenes Privateigentum sind, sondern bisher der Krone gehörten, in den Besitz des Staates übergehen. Von dem Eigentum des bisherigen königlichen Hauses an Schlössern geht ein Teil auch in den Besitz des Staates über. Dafür soll das Königshaus eine Abfindung erhalten, die es in den Stand setzt, die Verpflichtungen an Renten und Pensionen der Hofbeamten und Hofbediensteten zu bezahlen.

Briefgeheimnis und Schiebertum.

In der „Deutschen Strafrechtszeitung" hebt der Erste Staatsanwalt Bender in Mannheim hervor, einen wie großen Nutzen die Schieber und Wucherer aus dem Briefgeheimnis ziehen. Er sagt unter der Ueberschrift: Fiat justitia, pereat mundus: „Dienstgeheimnisse werden zwar nicht immer gewahrt, aber das Briefgeheimnis hält sich gut, dank der Wachsamkeit seiner Wächter, der Oberpostbehörden. Besonders peinlich wahrt man es vor der Staatsanwaltschaft. Diese kommt deshalb nicht zur Befriedigung ihrer Neugier. Sie erfährt nichts von den Paketsendungen der Schleichhändler, nichts von den Schiebertelegrammen, nichts von den Schiebergesprächen. Es ist auch gut so, sonst würden die Staatsanwälte von der Arbeitslast erdrückt werden. Denn in einer Stadt von 200 000 Seelen mag die Zahl der täglichen Schiebertelegramme wohl die 5000 übersteigen. Diese werden bestens befördert. Wenn die Lieferung von Getreide ins Ausland oder die Verschiebung ganzer Waggons von Schleichware durch den Draht mitgeteilt wird, dann schweigt die verschwiegene Postbehörde und tut ihre Pflicht. So sind die Post- und Telegraphenbeamten die eifrigen Gehilfen der Schieber und Wucherer. Rastlos arbeitet auf diese Weise die Staatsmaschine an der Abwicklung des Schieberverkehrs mit bestem Erfolg. Das Volk erfährt gerade darüber zugrunde, aber das Briefgeheimnis ist gewahrt, das Gesetz ist erfüllt. Das ist deutsch. Die Postdirektionen gehorchen den Oberpostdirektionen, diese dem Reichspostministerium und dieses dem Paragraphen. Hat man denn in Berlin die Gefahr noch nicht erkannt? O heiliger Bürokratius! Der Paragraph sagt aber nur: das Briefgeheimnis ist unverletzlich. Da steht nichts von Paketen. Man braucht es doch nicht auf Pakete auszudehnen, deshalb, weil es der Kommentator tut. Und warum bringt man nicht den Mut auf, von der Bestimmung der Telegraphenordnung Gebrauch zu machen, welche besagt: „Telegramme, deren Inhalt gegen die Gesetze verstößt oder aus Rücksicht des öffentlichen Wohls oder der Sittlichkeit für unzulässig erachtet wird, werden zurückgewiesen!" Wozu muß es noch kommen, bis man in den oberen Stellen merkt, daß das öffentliche Wohl gefährdet ist?"

Diese Ausführungen verdienen gewiß Beachtung, wie überhaupt alle Maßnahmen, die geeignet sind, den Schiebern und Wucherern das Handwerk zu legen. Staatsanwalt Bender betont, daß die bayerische Regierung, die trotz des Briefgeheimnisses die Pakete mit Schleichhandelsware den Wucheramtern zuführt, an Vertrauen im Volke nur gewonnen hat, und daß die Reichsverfassung, die die Unverletzlichkeit des Briefgeheimnisses verbürgt, doch auch Ausnahmegesetze vorsieht. Er weist also auf den Weg hin, auf dem den Wucherern und Schiebern die ihnen aus dem Briefgeheimnis erwachsenden Vorteile entzogen werden.

Verschmelzung der Rechtsparteien?

Der deutschnationale Abg. v. Graefe-Goldeben sucht in der „Deutschen Zeitung" vom 7. Januar den Anhängern der Deutschen Volkspartei zu Gemüte zu führen, „daß die Deutschnationale und Deutsche Volkspartei ihre programmatischen Grundsätze getrost miteinander austauschen könnten, ohne daß einer der beiden Teile dadurch in Verlegenheit geriete". Er bitte deshalb in öffentlichen Versammlungen die anwesenden Mitglieder der Deutschen Volkspartei, freundschaftlich, ihm in der Aussprache „auch nur einen einzigen Artikel aus dem Programm der Deutschnationalen oder der Deutschen Volkspartei zu nennen, den nicht jedes Mitglied der anderen Partei unterschreiben könne". Früher habe er geglaubt, daß als einzigste Unterscheidung zwischen beiden die Stellung zur Judenfrage gelten könne; aber seitdem der Abg. Dr. Mittelmann als Generalsekretär der Deutschen Volkspartei eine solche Unterscheidung mit aller Entschiedenheit zurückgewiesen hat, könne dieser Unterschied nicht mehr gelten. Dem Abg. v. Graefe hat noch in keiner Versammlung ein deutscher Volksparteiler grundsätzliche Unterschiede zwischen beiden Parteien, sondern höchstens ganz unhaltbare „taktische Rücksichten" anführen können. Abg. v. Graefe fragt deshalb: „Muß man es da nicht geradezu als eine „Sabotage der nationalen Front" empfinden, wenn sich „die Anhänger derselben Grundsätze in zwei politische Parteien spalten lassen?"

Ob wohl die Führer der Deutschen Volkspartei Verständnis haben werden für diesen Notschrei des konservativen Heißsporns von Graefe?

Demagogische Budgetverweigerung.

In der Nationalversammlung haben bekanntlich die Mitglieder der Deutschen und der Deutschnationalen Volkspartei am 30. Oktober den Reichshaushaltungsetat abgelehnt, und gegenüber dem preußischen Etat wird sich demnächst die Deutsche Volkspartei voraussichtlich ebenso verhalten. In einer öffentlichen Versammlung der Deutschen Volkspartei in Herford aber hat am 2. Januar Pfarrer Meyer-Herford, Mitglied der Deutschen Volkspartei in der Preußischen Landesversammlung, erklärt, daß er im Beamtenausschuß der Deutschen Volkspartei die Forderung erhoben habe, daß die Teuerungszulage für die Beamten bei weiterer Verschlechterung der Wirtschaftslage 300 Prozent betragen solle. Ja, selbst diese würden noch nicht ausreichend sein. Mit Recht fragt die „Herforder Ztg.": „In welchem Verhältnis steht diese demagogische Ueberstrumpfung der von den Beamten selbst gestellten Forderungen zu der Verweigerung des Etats durch die Deutsche Volkspartei?"

Besprechungen über die Teurungszulagen der Beamten.

WTB. Berlin, 8. Januar. Am 3. Januar hatte eine Abordnung des Deutschen Beamtenbundes eine erneute Besprechung mit dem Reichskanzler, den Vertretern des Reichsfinanzministeriums und des Reichsministeriums des Innern bezüglich der Erhöhung der laufenden Teuerungszulagen. Der Reichskanzler erklärte, daß in kürzester Frist neue Verhandlungen mit dem Reichsrat, den Vertretern der Länder und der Nationalversammlung unter Zuziehung des Deutschen Beamtenbundes geführt werden würden.

Keine neue Verkehrssperre.

WTB. Berlin, 8. Januar. Die Nachricht eines hiesigen Korrespondenzbüros, wonach das Reichsverkehrsministerium eine neue Verkehrssperre zu verhängen beabsichtige, entbehrt der Begründung.

Wiederaufnahme der Arbeit bei den Löwewerken.

WTB. Berlin, 8. Jan. Die Kohlenversorgung Berlins hat wieder eine kleine Besserung erfahren, so daß bei Ludwig Löwe & Co die Arbeit wieder aufgenommen werden konnte.

Die Siemenswerke arbeiten wieder.

WTB. Berlin, 8. Januar. Bei den Siemenswerken sind beschränkte Mengen von Kohlen eingegangen. Mit Rücksicht auf die heute abend zu erwartenden Kahnladungen wird der Betrieb in den stillgelegten Werken am Freitag früh wieder aufgenommen.

Admiral Meurer hat seinen Abschied eingereicht.

Berlin, 8. Januar. (Eigene Drahtnachricht.) Admiral Meurer, der bisherige Chef der Marinestation der Ostsee, hat in seinem bekannten Neujahrsbefehl Ausführungen gemacht, die als ein Angriff auf die Politik und die Autorität der Reichsregierung angesehen wurden. Admiral Meurer hat nunmehr, wie wir erfahren, seinen Abschied eingereicht, der ihm bewilligt wurde.

Schiffskatastrophe.

WTB. Paris, 8. Januar. Nach einer Mitteilung an das Marineministerium ist der große, dem Staate gehörige Schlepper „Le Pluvieur" mit der ganzen Besatzung untergegangen. Die Zahl der Opfer soll 25—30 betragen. Das Schiff war am 21. Dezember von Toulon ausgelaufen, um österreichische Dampfer von Cattaro nach Bijarta zu geleiten.

Eine neue Zusammensetzung der Friedensdelegation.

WTB. Paris, 8. Januar. Der Londoner Berichterstatter des „Petit Journal" schreibt: In gewissen Kreisen beschäftigt man sich mit der Möglichkeit einer Aenderung in der Zusammensetzung der französischen Friedensdelegation. Trotzdem Lloyd George, der das älteste Mitglied des Obersten Rates sein würde, Vorsitzender desselben sein könnte, ist diese Annahme doch ganz unwahrscheinlich. Vorsitzender des Obersten Rates ist und wird immer ein Franzose bleiben. Andererseits würde die Ernennung Lloyd Georges die Verlegung des Sitzes des Obersten Rates nach London notwendig machen, was aber wiederum nicht in Frage kommen kann. Der italienische Ministerpräsident Nitti erklärte in einer Unterredung, falls Clemenceau am 17. Januar zum Präsidenten der Republik gewählt werde, werde dadurch natürlich eine Aenderung in der Zusammensetzung der Friedenskonferenz notwendig. Deshalb hoffen wir, daß unsere Arbeiten vor dem 17. Januar beendet sein werden.

Die Adriafrage.

WTB. Amsterdam, 8. Januar. Die „Times" melden, es sei wahrscheinlich, daß in der Adriafrage eine vollständige und baldige Lösung bei den Verhandlungen nicht erreicht werde. Man hoffe jedoch, daß Nitti mit Hilfe der Alliierten zu einer Verständigung mit den Jugoslawen gelange, die beiden Völkern gestattet, freundschaftliche Beziehungen anzuknüpfen. Nitti erklärte, er sei mit dem bisherigen Ergebnis der Verhandlungen zufrieden und hoffe, daß in den bevorstehenden Pariser Verhandlungen eine für alle Teile annehmbare Lösung gefunden werde.

Amerikas Zurückhaltung von der Ratifikation.

WTB. Paris, 8. Januar. „Chicago Tribune" meldet, Amerika nehme weder an der Unterzeichnung des Protokolls noch an der Zeremonie des Austausches der Ratifikationsurkunden noch an der Sitzung des ausführenden Rates des Völkerbundes teil. Der „Intransigeant" sagt, das kennzeichne die augenblickliche diplomatische Lage.

Vor der amerikanischen Lösung des Ratifikationskonfliktes.

WTB. Haag, 6. Januar. Der „Nieuwe Courant" berichtet aus Washington: Die Anhänger gemäßigter Vorbehalte erklären, die Lösung des Konflikts in der Ratifikationsfrage sei endgültig in Sicht. Man vertraut darauf, daß Bryan, dessen Einfluß die Schwankung in der Haltung der Demokraten zu verdanken ist, die Lösung herbeiführt. Groß Bedeutung wird dem heute stattfindenden politischen Abendessen der Demokraten beigemessen, wobei der Brief Wilsons, der vom Weißen Hause als wichtig bezeichnet wird, vorgelegt werden soll. Wenn Wilson sich weigert, den Ausgleich anzunehmen, bedeutet das zweifellos, daß der Friedensvertrag dem Urteil der Wähler unterbreitet wird.

Erdbeben in Mexiko.

WTB. Mexiko, 8. Januar. Die letzten Nachrichten besagen, daß in der Provinz Veracruz ein Dutzend Städte und Dörfer durch das Erdbeben ganz oder teilweise zerstört worden sind. Die Stadt Tascakulos sei in einem Abgrund verschwunden. Von dem ganzen Orte sei nichts übrig geblieben als eine mit Trümmern angefüllte Grube.

Wirtschaftsverhandlungen zwischen Holland und Deutschland.

WTB. Amsterdam, 8. Januar. „Telegraaf" meldet, daß zwischen den Niederlanden und Deutschland Verhandlungen über den Abschluß eines Wirtschaftsabkommens stattfinden. Auf holländischer Seite besteht der Plan, einen Kontrakt abzuschließen, der den Niederlanden für mehrere Jahre eine gesicherte Kohlenzufuhr verbürgt. Große Schwierigkeiten bietet die Frage, ob Deutschland durch den Abschluß eines Kohlenkontraktes in Gegensatz zu den die Kohlenlieferungen betreffenden Bestimmungen des Friedensvertrages geraten würde. Die niederländischen Unterhändler sind nicht bevollmächtigt und leisten nur die Vorarbeiten. Das Abkommen müßte von den Generalstaaten gutgeheißen werden.

Deutsches Reich.

Die friedenden Stadtväter.

Die Wilmersdorfer Stadtverordneten tagten am Mittwoch in der Aula der Hindenburg-Oberrealschule, die infolge der Ferien nur unzureichend geheizt war. Wegen der Kälte beantragten noch Erledigung der Wahlen des Vorstandes die bürgerlichen und demokratischen Abgeordneten eine Kürzung der umfangreichen Tagesordnung, da bei solcher Temperatur niemand stundenlang arbeiten könne. Die Vertreter der Linken widersprachen einer Vertagung, da es am nächsten Mittwoch infolge der noch bestehenden Ferien auch nicht wärmer sein werde und man sich in den Wohnungen doch schon an Kälte gewöhnt habe. Die Versammlung entschied sich hierauf für die Verkürzung der Tagesordnung, so daß der Hauptgegenstand, die Anfrage der Stadtverordneten Dr. Leidig (Freie Va.) und Gen. über den Gesetzentwurf Groß-Berlin, der Vertagung verfiel. Mit Mänteln und Pelzen angetan, tagten die Stadtverordneten weiter.

Eine Organisation der Prostituierten.

Hamburg, 8. Januar. Hier ist eine Organisation der Prostituierten unter Mitwirkung der Kommunisten und U. S. P. gegründet worden. In einer stark besuchten Versammlung wurde die Lage der Kontrollmädchen besprochen. Es wurde der Abschluß eines Tarifvertrages für das Wohnungsgeld erörtert. Ferner soll den Mädchen der Theaterbesuch erlaubt und das Verbot gewisser Straßen aufgehoben werden. Für jede Straße wurde eine Vertrauensperson gewählt, um etwaige Zwistigkeiten mit den Wirten gütlich zu regeln. Dergleichen soll eine Zeitschrift „Der Pranger" ausgegeben werden, um der Oeffentlichkeit die Notlage der Mädchen darzulegen.

Ausland.

Heinrich Lammasch †.

In Salzburg ist der österreichische Staatsrechtslehrer und Pazifist Prof. Dr. Heinrich Lammasch in hohem Alter gestorben. Er war der letzte Ministerpräsident des kaiserlichen Oesterreich, freilich erst in einer Zeit zu dieser Stellung berufen, als ihm nur mehr übrig blieb, die Liquidation der alten Monarchie, die Auseinandersetzung zwischen den sich neubildenden Nationalstaaten in die Wege zu leiten. Nachdem er mehrere Jahre hinte an der Wiener Universität Strafrecht gelehrt hatte, wandte er sich dem Staatsrecht und insbesondere dem völkerrechtlichen Ausbau der Schiedsgerichtsidee zu. Er war einer der Vertreter Oesterreichs auf der Haager Konferenz, die ihm manche Anregung verdankte. Er erhielt auch den Nobelpreis für Friedensbestrebungen. Politisch stand er als strenggläubiger Katholik und Altösterreicher den Christlichsozialen nahe und galt auch als einer der Vertrauensleute des ermordeten Franz Ferdinand. Während des Krieges bekämpfte er, der er am Kaiserhofe Einfluß gewann, die uns direkt Politik Deutschlands und war, wie man annehmen darf, auch in der Richtung eines österreichischen Sonderfriedens tätig. Nach dem Zusammenbruch machte er alle Anstrengungen durch seine Beziehungen zu Entente-Staatsmännern das Schicksal Oesterreichs zu bessern. Es ist ihm nicht gelungen. Vom politischen Leben zurückgezogen, ist er jetzt plötzlich in Salzburg gestorben.

Halle und Umgegend.

Halle, den 9. Januar 1920.

2,30 Mk. das Vierpfundbrot.

Der städtische Kriegsbrotausschuß hat beschlossen, vom Montag ab den Brotpreis für das Vierpfundbrot von 1,50 Mk. auf 2,30 Mark und für das 75-Gramm-Brötchen von 9 Pf. auf 12 Pf. zu erhöhen. Bisher zahlte die Stadt an die Reichsgetreidestelle für Roggenmehl 54,20 Mk., Weizenmehl 60,30 Mk., Gerstenmehl 57 Mark für den Doppelzentner, künftig durchweg 46,20 Mark mehr, also eine Steigerung von 50—90 Prozent.

Ueberrascht kommt die Erhöhung nicht, sie war längst angekündigt; nun sie aber da ist, verstimmt sie doch!

Der Steuerkurszettel zum Reichsnotopfer.

Für die Veranlagung zum Reichsnotopfer ist nicht, wie vielfach angenommen wird, der kürzlich veröffentlichte Steuerkurszettel zu den Kriegsabgabegesetzen maßgebend. Es wird vielmehr ein besonderer Steuerkurszettel nach dem Stande vom 31. Dezember 1919 vorbereitet. Ein entsprechendes Ersuchen ist bereits an die Börsenvorstände ergangen. Man wird damit rechnen können, daß die vorläufige Festsetzung der Kurse nicht vor Ende Februar erfolgen wird.

Wie bei dem Steuerkurszettel für die Kriegsabgabe wird auch dieser erst einen Monat später endgültig durch den Reichsrat festgesetzt werden. Für die Wertermittlung werden nicht unbedingt die Börsenkurse vom 31. Dezember 1919 angenommen. Die Ermittlung erfolgt vielmehr nach dem inneren Wert unter Ausschaltung spekulativer Momente. Aus dem Gesagten ergibt sich bereits, daß mit Abgabe der Steuererklärung zum Reichsnotopfer voraussichtlich nicht vor April oder Mai d. J. gerechnet

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19200109012/fragment/page=0002

werden kann. Die Ausführungsanweisung zum Reichsnotopfer ist, so wird halbamtlich gemeldet, noch in Vorbereitung und bedarf nach ihrer Fertigstellung noch der Zustimmung des Reichsrats, so daß mit ihrer Veröffentlichung vor März d. J. nicht zu rechnen ist.

Der Prozeß gegen Leutnant Ferchlandt

4. Tag. Fortsetzung.

Zeuge Weider: „Von der ganzen Matrosenkompagnie konnte damals nur 1 Mann ein Maschinengewehr bedienen, also muß die Maschinengewehrbedienung am Riebeckplatz aus anderen Leuten bestanden haben." Zeuge Henne: „Als ich am Nachmittag den ersten Schuß hörte, der auf den Demonstrationszug abgegeben wurde, verließ ich sofort den Wettiner Hof. In dem Augenblick setzte Maschinengewehrfeuer vom Hohenzollernhof nach dem Bankhaus von Schweinsberg und Schröder ein. Diese Schüsse soll Hartung aus einem leichten M.-G. vom Eckfenster des Hohenzollernhofes aus abgegeben haben; er fiel gleich hinterher in Ohnmacht."

Zeuge Weider macht den Einwurf: „Aber gleichzeitig begann ein schweres Maschinengewehr, das vor dem Wettiner Hof stand, nach dem Riebeckplatz zu schießen. Ich bestreite, daß der erste Schuß vom Bankhause aus gefallen ist; der erste Schuß wurde vom Hohenzollernhof aus abgegeben." Zeuge Henne: „Ich hatte strengstens verboten, eine Schießerei anzufangen. Als gegen Abend alles sich wieder beruhigt hatte, fielen plötzlich wieder an dem Bankhaus einige Schüsse. Obgleich ich eine Wache vor das Gebäude beordert hatte, waren Klaus und Genossen in die Bank eingedrungen."

Anklagevertreter: „Warum haben Sie die Bestückung des Riebeckplatzes nicht aufgehoben, nachdem am Mittag im Hotel „Stadt Hamburg" eine Einigung erzielt worden war?" Zeuge Henne: „Ich mußte warten, bis Herr Leutnant Ferchlandt davon Nachricht erhalten hatte und aus der Artilleriekaserne zurückgekehrt war. Ich habe an diesem Nachmittag mehrmals vergeblich versucht, eine telephonische Verbindung mit der Artilleriekaserne zu erhalten. Der Demonstrationszug erreichte aber den Riebeckplatz, ehe der Angeklagte wieder im Wettiner Hof war." Der Zeuge Weider sagt aus: „Die 4000 Karabiner sind von dem Flugplatz schon vor der Krisis mit der Artillerie weggeschafft worden." Der Anklagevertreter hält diese Tatsache für äußerst wichtig und will gern wissen, wer den Befehl dazu erteilt hat. Weder Weider noch Henne können darauf Antwort geben.

Ein heiterer Zwischenfall entsteht dadurch, daß der Anklagevertreter die Verhandlung mit den Worten unterbricht: „Ich möchte doch beantragen, daß der Gerichtsbote jenem Herrn in dem Zuhörerraum das Skizzenbuch abnimmt. Ich halte es der Würde des Gerichtshofes für nicht entsprechend, daß man von ihm Skizzen entwirft." Als der Vorsitzende dem jugendlichen Zeichenkünstler das Skizzenbuch zurückgeben läßt, bemerkt er: „Ich bewundere Ihr ungeheures Zeichentalent; jedenfalls finden wir uns aus den Bildern wohl heraus."

Zeuge Weider: „Am 12. Januar wollte der Bauunternehmer Hoffmann in dem Wettiner Hof

3 Offiziere eigenhändig erschießen;

Hoffmann war Zivilist, hatte sich aber eine Pistole angeeignet. Er legte schon auf die 3 Offiziere an, wurde aber durch das Dazwischentreten von Henne daran gehindert." Angekl.: „Auf Grund der damaligen Verhältnisse hätte man mir gar keinen Vorwurf machen können, wenn ich Arbeiter bewaffnet hätte. Wie die Regierung in Berlin und die Offiziere in der Artilleriekaserne Zivilisten bewaffnet haben, so war ich gleichfalls dazu berechtigt." Vors.: „So, da kann man aber doch anderer Ansicht sein."

Der Zeuge Weider entwirft nun eine eingehende Schilderung der Vorgänge am 12. Januar. Henne wird ebenfalls noch nicht entlassen, er wohnt zusammen mit Winkler und Weider den Verhandlungen bei. Auch der nächste Zeuge Sasse ist ein Mitglied der Matrosenkompagnie. Zeuge Sasse: „Wir standen hinter der Regierung Ebert-Scheidemann; daß dies nicht der Fall wäre, haben sich die guten Leute in der Artilleriekaserne nur eingebildet." Als man auf die Unterredung mit Schleifstein zu sprechen kommt, erklärt der Zeuge: „Hartung beabsichtigte stets zu „putschen", wie er überhaupt sich sehr wichtig machen wollte. Nähere Einzelheiten von der Unterredung weiß ich nicht mehr; sie war so eintönig, daß wir fast alle schliefen." — Allgemeine Heiterkeit. — Vors.: „Wie spät war es denn eigentlich?" Angeklagter: „Es war gerade dunkel geworden." Wegen Unerheblichkeit der Aussagen wird von der Vereidigung dieses Zeugen abgesehen. Der Anklagevertreter stellt den Antrag, den Gefreiten Leber zu laden. Zeuge Volkmar: „Ich war Vorstand der Sicherheitskommission und als solcher dem Vorstand der Militärkommission unterstellt. Ueber die Zusammensetzung des Sicherheitsregiments kann ich nichts sagen. Wenn die Matrosenkompagnie überhaupt Dienst tat, so tat sie ihn besser als die übrigen Kompagnien des Sicherheitsregimentes. Es steht fest, daß eine größere Anzahl von Diebstählen auf dem Güterbahnhof von Mannschaften der Sicherheitswehr ausgeübt worden sind. Allerdings, wenn die Artillerie überhaupt einmal Wachen stellte, so waren diese Wachen die unzuverlässigsten." Anläßlich der Abgrenzung der Kommandogewalt erklärt Zeuge Henne: „Ich wurde im Dezember von der Kompagnie zum Führer der Kompagnie erwählt. Herr Ferchlandt war Regimentskommandeur." Zeuge Volkmar: „Bei der Matrosenkompagnie kam es häufiger als bei anderen Truppenteilen vor, daß Meldungen, die Diebstähle und Plünderungen betrafen, mit dem Vermerk:

„Nicht zu klären"

zurückkamen."

Zeuge Haring war Obervertrauensmann der 1. Sicherheitskompagnie; er erklärt, daß er stets dafür Sorge getragen hat, um Leute, die Unregelmäßigkeiten begangen hatten, der Bestrafung zuzuführen. Zeuge Haring: „Da Hartung wegen seiner kommunistischen Gesinnung bekannt war, habe ich veranlaßt, daß er aus unserer Kompagnie entlassen wurde."

Nach Beeidigung dieses Zeugen wird die Verhandlung vertagt. Vorher wird noch von der Verteidigung der Antrag gestellt, den Postaushelfer Tröster zu laden.

Die städtische Trockenanlage für Küchenabfälle stellt wegen Koksmangel ihren Betrieb vorläufig ein. Die Küchenabfälle können deshalb zum Zwecke der Trocknung zunächst nicht weiter in den Häusern abgeholt, sondern müssen den Viehhaltern unmittelbar zur Verwertung zugeführt werden. Der Magistrat richtet bei der gegenwärtigen Futtermittelnot an alle Hausfrauen und Hauseigentümer das dringende Ersuchen, gewissenhaft dafür zu sorgen, daß die Küchenabfälle wirklich als Viehfutter Verwendung finden und nicht etwa in die Aschengrube wandern.

Für Skatspieler dürfte es interessant sein, wie jüngst ein durch sein kühnes Spiel bekannter Skatspieler ein Eichelsolo ohne elf Matadoren gewann. Der Spieler saß in Vorderhand, hatte fünfmal Schellen und fünfmal Rot. Im Skat fand er grün Aß und grün Zehn, die er sofort wieder legte. Darauf meldete er Eichelsolo, spielte Schell-Aß vor und erhielt Zehn und König. Nachgespielt wurde Rot-Aß, das ebenfalls durchging, er bekam die Zehn; somit hatte er 67. Die Entrüstung der Mitspielenden war groß, aber noch größer die Freude des waghalsigen Spielers!

Provinzial-Nachrichten.

e. **Weißenfels**, 8. Jan. (5000 Mark Belohnung) sind auf die Ergreifung oder Ermittelung der Diebe ausgesetzt, die in der Nacht von Dienstag auf Mittwoch durch Einbruch aus den Geschäften von Kronenberg und Hoffmann erhebliche Mengen von Gold- und Silbersachen stahlen.

* **Könnern**, 8. Jan. (Kirchenaustritte) Von gewisser Seite werden die Massen gegen die Kirche aufgehetzt und den Leuten vorgelogen, daß sie fortan sehr hohe Kirchensteuern zahlen müssen, was zur Folge hatte, daß in Könnern und Umgegend hunderte Familien aus der Kirche geschieden sind.

— **Schkeuditz**, 8. Jan. (Felle in hohem Werte) sind in der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag aus einer hiesigen Kürschnerei gestohlen worden. Es handelt sich um 2500 Maulwurfsfelle. Schon einige Tage vorher sind aus demselben Betriebe 1500 Stück solcher Felle gestohlen worden, so daß sich die Gesamtzahl auf 5000 beläuft.

— **Teuchern**, 8. Januar. (Zu dem gemeldeten Raubanfall) ist noch folgendes zu bemerken: Der Räuber ist der 19jährige Arbeiter Dist von hier. Als derselbe dem Kassenleiter die Mappe mit dem Gelde (18 000 Mk.) entrissen hatte, war er geflohen. Die Polizei suchte die Umgegend ab und erwischte auf der Straße nach Osterfeld den D. und nahm ihn fest. Nach anfänglichem Leugnen gab er die Tat zu und bezeichnete auch die Stelle, wo er das Geld vergraben haben wollte. Es wurden da auch 17 000 Mk. gefunden. Das noch fehlende Geld wollte D. verloren haben. Bei weiterem Verhör gab er zu, auch dieses noch vergraben zu haben, was ebenfalls zutraf. Bei seiner Festnahme hatte der D. einen Revolver mit 90 Patronen bei sich. Er hat vor einiger Zeit hier in der Stadt schon einen Ladendiebstahl und in der Umgegend mehrere Kleintierdiebstähle ausgeführt. Er will zwei Helfershelfer gehabt haben, die aber bisher noch nicht festgenommen werden konnten.

:: **Meuselwitz**, 8. Januar. (Der Betriebsrat als Schieber.) Auf dem Heinrichschachte des Braunkohlenabbauvereins „Zum Fortschritt", wo die Verteilung von Lebensmitteln für die Bergarbeiter dem Betriebsrat obliegt, sind große Verfehlungen festgestellt worden. Ein Betriebsratsmitglied hat mit zwei Helfern ganze Fässer mit Schmalz verschoben. Die Ermittelungen sind noch im Gange, belasten aber den Vorkämpfer der U. S. P. D. immer mehr. Die betrogenen Bergarbeiter sind sehr erregt.

w. **Ballenstedt**, 8. Jan. (Neuer Bürgermeister.) Für den aus gesundheitlichen Rücksichten zurückgetretenen Oberbürgermeister Mendt, der über 30 Jahre die Geschicke der Stadt geleitet hatte, ist von den Stadtverordneten der Stadtrat Margraf aus Rößlau gewählt worden. Nachdem nunmehr der Staatsrat die Wahl bestätigte, wurde er in besonderer Stadtverordnetensitzung in sein neues Amt eingeführt.

* **Bernburg**, 8. Jan. (Die städtischen Körperschaften) haben mit Rücksicht auf die hohen städtischen Zuschüsse für Kurhaus und Solbad, die bis zum 1. April 1921 annähernd 900 000 Mk. erreicht haben werden, den Beschluß gefaßt, Kurhaus und Solbad zu dem genannten Termin, an dem der Vertrag mit dem Kurhauswirt Schirmer abläuft, zu verkaufen oder zu verpachten. Unter Umständen ist man auch zur Errichtung eines gemeinwirtschaftlichen Betriebes in Form einer G. m. b. H. unter Beteiligung der Stadt bereit.

× **Halberstadt**, 8. Jan. (Ein Dr. phil. als Gauner.) Unlängst wurde wegen verschiedener Vorschußschwindeleien der Chemiker Dr. phil. Reinhold Sorge, der in der Zuckerraffinerie Oschersleben angestellt war, festgenommen. Wegen eines anderen Geldschwindels, den er an einer Leipziger Dame, der Chemikerin Auguste Müller, Tochter des verstorbenen Oberstleutnants Müller aus Leipzig-Gohlis, verübt hatte, stand er jetzt hier vor der Strafkammer. Im Jahre 1918 war er eines Tages von einer Reise nach Leipzig mit der Nachricht zurückgekommen, daß ihm von einem Chemiker in Breslau dort ein Handelslaboratorium mit Chemieschule angeboten sei. Für die Kollegin Frl. Müller biete sich eine günstige Kapitalanlage, wenn sie sich an der Sache beteilige. Sie gab ihm 5000 Mark Anzahlung und später weitere 4000 Mark als Bürgschaftsleistung. Als aber die Dame mit ihrer Mutter zur Besichtigung des Laboratoriums nach Breslau fuhr, trat der Schwindel zutage. Dr. Sorge wurde dafür jetzt zu einem Jahre Gefängnis verurteilt.

= **Aken**, 8. Jan. (Schifferschule.) Seit Kriegsbeginn sind hier die Winterkurse für Schiffer, die sogen. Schifferschulen, nicht mehr abgehalten worden. Die der Zahl nach geringen Anwärter eines Schifferpatents waren gezwungen, ihre Prüfung in Magdeburg, Tangermünde oder Lauenburg abzuhalten. Diesen Winter soll hier nun wieder zum ersten Male eine regelrechte Schifferschule eingerichtet werden. Die Stadt stellt dafür Schulzimmer, freie Heizung und Beleuchtung, sowie einen Betrag zur Verfügung.

□ **Nordhausen**, 8. Jan. (Plünderung eines Eisenbahnwagens) Auf dem hiesigen Güterbahnhof wurde nachts ein mit Wolle beladener Eisenbahnwagen erbrochen und für 20 000 Mark Wolle gestohlen. Beim Abtransport der Wolle am nächsten Morgen wurden die Diebe jedoch von der Polizei festgehalten und als drei Arbeiter aus Duisburg festgestellt, die sich eigens in Nordhausen seit 14 Tagen eingemietet hatten, um Diebstähle auszuführen.

(—) **Braunschweig**, 8. Januar. (Ein jugendlicher Straßenräuber) im Alter von etwa 12 Jahren hat am Abend in der herrschenden Dunkelheit einer Anwohnerin der Blücherstraße auf der Kaiser-Wilhelmstraße einen kostbaren Alaskafuchspelz im Werte von 3000 Mark hinterrücks entrissen und ist unerkannt damit entkommen. — Einen fetten Fund machte in der Nacht zum Montag ein Nachtschutzmann. Als er auf seinem Rundgang ein Grundstück an der Helmstedterstraße betrat, fand er einen mit Speck wohlgefüllten Sack und außerdem noch 22 Speckseiten. Der ganze Fund rührt offenbar von einem Diebstahl her.

× **Gera**, 8. Jan. (Kohlenmangel.) Die Gera—Meuselwitz—Wuitzer Eisenbahn hat ihren Gesamtbetrieb wegen Nichtbelieferns mit Steinkohlen für Lokomotivfeuerung auf etwa acht Tage eingestellt.

Kunst und Wissenschaft.

Eine Kammeroper unter Leitung von Richard Strauß. Das Wiener Burgtheater wird in der kommenden Spielzeit im Akademietheater Kammerspiele veranstalten. Nun ist auch das Projekt der Veranstaltung von Kammerspielen des Operntheaters im Redoutensaal der neuen Hofburg aktuell geworden. In den letzten Tagen haben einige kommissionelle Besichtigungen im Redoutensaal stattgefunden, mit dem Ergebnis, daß die Veranstaltung von Theatervorstellungen dort gestattet wird. In erster Linie wird das Operntheater — und zwar schon in der kommenden Spielzeit — im Redoutensaal der Hofburg Kammeropern (komische Oper) zur Aufführung bringen. Die Veranstaltungen, die von größter künstlerischer Bedeutung für Wien sind, werden unter der Leitung von Richard Strauß stehen. Es besteht die Möglichkeit, daß an gewissen Tagen auch Vorstellungen des Burgtheaters (neben denen im Akademietheater) im Redoutensaal der Hofburg werden stattfinden können, doch ist bis jetzt darüber noch nichts Endgültiges entschieden.

„Parsifal" in Madrid. Wie uns ein Drahtbericht aus Madrid meldet, erzielte die Erstaufführung von Richard Wagners „Parsifal" an der Königlichen Oper unter der Leitung von Otto Heß (München) einen stürmischen Erfolg. Das dichtbesetzte Haus stand im Banne eines gewaltigen Ereignisses.

Ein Generaldirektor für die Wiener Staatstheater. Wie das Wiener „Achtuhrblatt" erfährt, besteht die Absicht, zur Leitung der administrativen Angelegenheiten der ehemaligen Hoftheater einen Generaldirektor zu ernennen. Das trotz der außergewöhnlich hohen Einnahmen immer größer werdende Defizit zwingt die Regierung zu dieser Maßregel.

Unsre Kunst in Rom. Wagners „Walküre" wurde bei der Aufführung im Constanzi-Theater zu Rom mit ungeheurer Begeisterung aufgenommen. Oft erhob sich das ganze Publikum, darunter zahlreiche Militärs, um stehend Beifall zu klatschen. Auch die Presse weist auf den demonstrativen Beifall hin.

Prof. Dr. Ludwig Waldecker, der vor kurzem nach Münster als Nachfolger von Prof. Ebers berufen wurde und diesen Ruf angenommen hat, bleibt als Privatdozent in Berlin, nachdem inzwischen die Stelle in Münster anderweit besetzt worden ist.

Eine Konsumgesellschaft der Bühnengenossenschaft. Auch die deutsche Bühnengenossenschaft will ihren Mitgliedern nunmehr die Vorteile genossenschaftlichen Großeinkaufs aller Lebensbedürfnisse zugängig machen. Wie die „Berliner Redaktion" erfährt, ist Präsident Rickel beschäftigt, die Organisation einer großzügigen Konsumgesellschaft für deutsche Schauspieler vorzubereiten.

Die Kunst als Kuhhandelsobjekt für den — Kommunismus! Der Direktor des Gothaischen Landestheaters, Kurt Strickrodt, hat für Ende der diesjährigen Spielzeit (31. Mai) gekündigt, da er zum Leiter des Landestheaters in Braunschweig in Aussicht genommen ist. Trotzdem würde er gern die Leitung des Gothaer Theaters behalten, falls in der Gothaischen Landesversammlung das Gesetz betreffend Errichtung einer Landesstiftung, in dem 250 000 Mark jährlich für das Landestheater vorgesehen sind, angenommen wird. Das ist jedoch sehr ungewiß, da die USP. die Frage der Errichtung dieser Stiftung mit der für alle andern Fraktionen der Landesversammlung natürlich unannehmbaren Forderung verquickt hat, gleichzeitig 130 000 Mark für die Errichtung einer rein kommunistischen Rednerschule bereitzustellen.

Vermischtes.

Die Gebrüder Strauß in Berlin ergriffen.

Mittwoch früh gelang es dem Kriminalkommissar Bünger und seinen Beamten, die berüchtigten Einbrecher und Mörder des Kriminaloberwachtmeisters Erdmann zu ergreifen. Sie hielten sich unangemeldet bei einer Frau im Hause Köpenicker Str. 101 auf. Die Beamten waren bei Tagesgrauen in die Wohnung dieser Frau eingedrungen, und als sie bereits mehrere Räume durchsucht hatten, bemerkten sie, daß sich noch Personen in einem verschlossenen Zimmer befanden. In der sicheren Voraussetzung, daß sich hier die Gebrüder Strauß befänden, riefen sie: „Wir sind mit Handgranaten ausgerüstet, gebt jeden Widerstand auf!" Unmittelbar darauf kam auch die Antwort: „Oeffnet, wir haben die Hände bereits hochgehoben!" Als man das Zimmer betrat, standen die Brüder, nur mit Hemd bekleidet, vor den Beamten. Sie wurden sofort gefesselt und nach dem Polizeipräsidium gebracht. Beide Brüder sind gebürtige Berliner. Emil Strauß ist 32, Erich Strauß 25 Jahre alt. Bei den Verbrechern wurden Pistolen und Geschosse, deren Spitzen abgefeilt waren, also sogenannte Dum-Dum-Geschosse, vorgefunden. — Selten wohl haben Verbrecher den Behörden soviel zu schaffen gemacht, wie die Brüder Strauß der Berliner Kriminalpolizei. Beide sind schon in jungen Jahren mit dem Strafgesetz in Konflikt geraten. Emil Strauß ist einer der gefährlichsten und verwegensten Verbrecher Berlins. Im Jahre 1887 in Berlin geboren, wurde er schon mit zwölf Jahren wegen Unterschlagung verurteilt. Nachdem er sich einige Jahre straflos hielt, erhielt er, erst 17 Jahre alt, seine erste Gefängnisstrafe. Nun betrat er endgültig die Laufbahn des Verbrechers. Er wandte sich zunächst Einbrüchen in Lebensmittelgeschäften zu und wurde in den Jahren 1905 und 1906 wegen schweren Diebstahls zu mehrmonatigen Gefängnisstrafen verurteilt. Im Jahre 1907 erhielt er, wieder für einen Einbruch, eine dreijährige Gefängnisstrafe. Dann bildete er sich zu einem Dachkletterer aus. Erinnerlich ist noch sein verwegener Einbruch im Jahre 1910 in das Warenhaus von Wertheim, Oranienstraße, wo er über das Dach ging und für mehrere tausend Mark Uhren stahl. Hierfür erhielt er im Jahre 1911 drei Jahre Zuchthaus, die er im Zuchthaus zu Sonnenburg verbüßte. Im Dezember 1913 entlassen, wurde er bereits im Anfang des Jahres 1914 wiederum bei einem Einbruch in der Schadowstraße auf frischer Tat ergriffen. Das Gericht verurteilte Strauß erneut zu drei Jahren Zuchthaus. Nachdem er auch diese Strafe verbüßt hatte, wurde er wieder wegen eines Einbruchs festgenommen, brach aus dem vergitterten Fenster seiner Zelle im Polizeigefängnis aus und entfloh. Jetzt schritt er zu seinem kühnsten Verbrecherstreich. Ueber ein Gerüst in der Leipziger Straße und nach einer verwegenen Dachkletterei unter Benutzung von Feuerleitern brach er mit einer größeren Bande ins Seidenhaus von Michels ein und stahl Seide im Werte von 150 000 Mark. Da ihm zu seinen weiteren Einbrüchen gutes Werkzeug fehlte, vollführte er einen tollen Streich: er drang in das Museum der Berliner Kriminalpolizei ein und stahl das beste Einbruchswerkzeug, das er mit größter „Sachkenntnis" aussuchte. Endlich ereilte ihn sein Geschick. Er wurde ergriffen. Sein Bruder Erich, der zu dieser Zeit im Zuchthaus saß, entsprang in Berlin auf einem Transport seinem Transporteur und ging sofort in brüderlicher Liebe an die Befreiung seines Bruders. Mit den Gebräuchen im Untersuchungsgefängnis vertraut, rief er vom Kriminalgericht dort an und bestellte die Vorführung seines Bruders vor den Untersuchungsrichter. Er erschien dann selbst in der Uniform eines Gerichtsdieners kurz darauf und ließ sich unter Vorzeigung einer gefälschten Urkunde den „Einbrecherkönig" übergeben. Nach einigen Stunden erst wurde der Betrug entdeckt. Erst nach großen Mühen gelang es der Kriminalpolizei Strauß wieder zu ergreifen. Er wurde nun zu sechs Jahren Zuchthaus verurteilt und erhielt später für eine große Reihe anderer Einbrüche noch acht Jahre Zuchthaus dazu. Nach dem Zuchthaus Naugard gebracht, gelang es ihm vor einigen Monaten von dort zu entweichen.

Die Möhnetalsperre ist zum Ueberlaufen gekommen. In 400 Meter Breite und 40 Meter Höhe stürzt das Wasser schäumend und brausend ins Sturzbett hinab. Die Kraftwerke der Möhnetalsperre haben am letzten Tage des alten Jahres seit ihrem Bestehen ihre höchste Tagesleistung entwickelt, nämlich rund 100 000 Kilowatt.

Badische Kartoffelnot. Baden war immer auf die Zufuhr außerbadischer Kartoffeln angewiesen, wurde aber in diesem Jahre von den zur Lieferung angewiesenen Bezirken fast völlig im Stich gelassen. Infolgedessen kann z. B. die große Industriestadt Mannheim seit einem Monat nur zwei Pfund Kartoffeln wöchentlich auf den Kopf der Bevölkerung ausgeben. Die Aussicht auf Weitergewährung auch dieses Satzes ist sehr gering, zumal die Anfuhr der badischen Kartoffeln durch das Hochwasser nahezu unterbrochen ist.

Keine Rohstoffe mehr in Petersburg. Nach einem Telegramm aus Helsingfors meldet „Krasnoje Gazetta", daß in allen großen Fabriken Petersburgs die Arbeit wegen Mangels an Rohmaterialien eingestellt sei.

Wieder vier Schieber zum Tode verurteilt. Das Warschauer Militärgericht hat vier Militärchauffeure wegen Diebstahls von Automobilgummireifen auf dem Militärflugplatze zum Tode verurteilt.

105 Priesterehen eingesegnet. Der Pfarrer Stibor in Hatwanitz hat bis zum 13. Dezember, wie der „Vecer" meldet, 105 Priesterehen eingesegnet.

Der Ausbau des bayerischen Elektrizitätswerkes. Aus München wird gemeldet: Bei der Elektrizitätsverordnung in Bayern spielte kürzlich im Landtag der Ausbau des Bayernwerkes eine große Rolle, das das größte Kaltwasserkraftwerk Deutschlands bezw. des Kontinents werden soll. Es steht nunmehr fest, daß der Ausbau des Bayernwerkes, der etwa 500 Mill. Mark kosten wird, vom Reich auf Grund des Elektrizitätsgesetzes übernommen wird, während der Ausbau des Walchenseeprojekts ausschließlich Sache Bayerns ist.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19200109012/fragment/page=0003

Sport-Nachrichten der „Saale-Zeitung“.

Aus dem Saalekreis.

Der Saalekreisvorstand beschäftigte sich in seiner gestrigen Sitzung mit der Berufung Wackers gegen Gültigkeit des Spieles Borussia—Wacker, das bekanntlich von ersteren knapp 5:3 gewonnen wurde. Wacker hatte protestiert, weil der Unparteiische statt eines Elfmeterballes nur Strafstoß gegeben hatte. Der Protest wurde jedoch abgewiesen, da der Schiedsrichter auf seiner Entscheidung bestand, daß sich der Zusammenstoß bestimmt außerhalb des Strafraumes ereignet habe. Und da der Schiedsrichter nun einmal „persona grata“ ist und auch sein muß, so konnte nach dieser Aussage nur eine Ablehnung der Berufung erfolgen.

Die Berliner Verbandsspiele

sind trotz des andauernd schlechten Wetters, was ja auch in Berlin herrschte, schon ziemlich weit gediehen. In den einzelnen Kreisen sind die drei führenden Mannschaften, die bekanntlich die Berliner Meisterschaft noch in einer Runde ausspielen müssen, mit ziemlicher Sicherheit zu erkennen. Im Nordkreis sind es Wacker, Allemannia und Favorit, allerdings könnte letzteren noch durch N. N. W. der Rang streitig gemacht werden. Den Ostkreis werden Union, Oberschöneweide, V. f. B. und Berolina vertreten. Vom Westkreis haben Minerva, Union S. C. C. und Triton die meisten Aussichten, während vom Südkreise noch mehrere Vereine in Frage kommen, und zwar Union 92, Vorwärts, Viktoria, Preußen und B. B. C.

Verschiedenes.

Für das deutsche Stadion ist dem deutschen Reichsausschuß für Leibesübungen vom **Vaterlandsdank** die prachtvolle Bronzefigur des überlebensgroßen Speerwerfers des Friedenauer Bildhauers Medius gestiftet worden. Damit ist der Anfang der Ersetzung der bereits stark verwetterten Gipsfiguren im Stadion gemacht

Handel, Gewerbe und Verkehr.

Die Lage auf dem Roheisenmarkt.

WTB. Essen (Ruhr), 8. Januar. In der gestrigen Sitzung des **Roheisenverbandes** wurde seitens der Verbandsleitung über die **Marktlage** berichtet und auf die Schwierigkeiten hingewiesen, die bei den **Hochofenwerken** infolge der ungenügenden Kohlenversorgung entstanden sind. Die schlechte Belieferung der **Hochofenwerke mit Koks** hat zu einer erheblichen Einschränkung der Roheisenerzeugung geführt. Zahlreiche Hochöfen **mußten ausgeblasen** oder gedämpft werden, wodurch in der **Versorgung der weiter** verarbeitenden Industrie eine wesentliche **Verschlechterung**, die durch die Verkehrsschwierigkeiten noch **verstärkt wird**, eingetreten ist. Die Hauptversammlung beschäftigte sich weiter mit der **Preisfrage**. Durch die starke Erhöhung der **Seefrachten** ist eine wesentliche Verteuerung der ausländischen **Erze eingetreten**. Ferner haben die Hochofenwerke mit einer **Erhöhung des Preises** eines Teiles der inländischen Erz- und **Schmelzmaterialien**, sowie mit erhöhten Koksreisen und einer **weiteren Steigerung** der Fabrikationskosten zu rechnen. Die Versammlung **hat infolgedessen** beschlossen, **die Roheisenpreise für alle Lieferungen ab 8. Januar wie folgt zu erhöhen: Hämatit- und Cu-armes Stahleisen 547, Gießerei-Roheisen 410, Siegerländer Stahleisen und Spiegeleisen 251 Mark. Die neuen Preise haben Gültigkeit bis Ende Januar 1920.** In der anschließenden **Versammlung** der Vertreter der Erzeuger, Verbraucher **und Arbeitnehmer wurden diese** Beschlüsse zur Kenntnis gebracht und insbesondere darauf hingewiesen, daß ein Teil der Erhöhung **notwendig sei, um endlich** die allmähliche Tilgung der **ausländischen Kredite herbeizuführen**, die die auf den Bezug **ausländischer Erze angewiesenen Werke** im Interesse der Landesverteidigung **auf Veranlassung der** Regierung auf sich nehmen mußten. **Der Vertreter** des Reichswirtschaftsministers äußerte gegen die **Preiserhöhung Bedenken** und behielt sich die Stellungnahme des **Reichswirtschaftsministriums** vor. Der Vertreter des **Vereins** deutscher **Maschinenbauanstalten** erhob Bedenken gegen die abermalige erhebliche Verteuerung des Roheisens und wies auf die gefahrdrohende Lage hin, in die die verarbeitende Industrie **hierdurch gelangen** müsse.

Lothringer Hütten- und Bergwerks-Verein A.-G., Nanzel in Westf. — Geisweider Eisenwerke, Aktiengesellschaft, Vorbesitzer J. H. Dresler senior, Geisweid.

Zu der bereits von uns angekündigten Fusion beider Gesellschaften wird geschrieben:

Die **Verwaltungen der beiden** Gesellschaften, welche bereits gemeinsame Interessen im Siegerländer Erzbezug besitzen, haben beschlossen, in noch engere und erweiterte Beziehungen zu treten. Im Zusammenhange hiermit wird das dem Lothringer Hütten- und Bergwerks-Verein A.-G. nahestehende Bankenkonsortium in Kürze den **Geisweider Aktionären** ein auf drei Wochen befristetes **Angebot machen auf Ankauf** der Geisweider Aktien in der Weise, daß den **Besitzern der 400.000 Mark** Vorzugsaktien für jede Vorzugsaktie **entweder 2 Aktien** des Hüttenvereins und eine Barentschädigung **von 3000 Mark** oder eine Aktie des Hüttenvereins und eine **Barentschädigung** von 5000 Mark oder nur eine Barentschädigung von 7000 Mark gegeben wird.

Den Besitzern der 4 100 000 Mark Stammaktien wird angeboten, für jede Stammaktie entweder eine Aktie des Hüttenvereins und eine Barentschädigung von 3500 Mark oder nur eine Barentschädigung von 5500 Mark entgegenzunehmen. Das Bankenkonsortium ist an das Kaufangebot nur gebunden, wenn 80 Prozent der Vorzugsaktien und 80 Prozent der Stammaktien zum Erwerbe angeboten werden. Die Ueberleitung des größeren Teiles der Vorzugsaktien in den Besitz des Lothringer Hütten- und Bergwerksvereins ist bereits durch feste Zusage gesichert.

Für den Lothringer Hütten- und Bergwerksverein kommt für den Austausch der Aktien eine Kapitalserhöhung nicht in Frage, weil die benötigten Aktien von Groß-Aktionären zur Verfügung gestellt werden.

Ein deutsches Kaffeemonopol?

Meldungen einer Korrespondenz, daß große deutsche Handelshäuser in **Rio de Janeiro** und Sao Paulo Vorschläge wegen des **Einkaufs großer Kaffeevorräte** gemacht haben, werden an erster **Hamburger Stelle**, die direkte Beziehungen zu den brasilianischen **Kaffeeprovinzen hat**, als unzutreffend bezeichnet, dagegen sind nach dem „Hamburger Fremdenblatt“ Bestrebungen im Gange, ein **deutsches Monopol** für Kaffee zu schaffen. Bestrebungen, denen die **Regierung** nicht fernsteht, und die dahin gehen, von Regierung **zu Regierung** Kaffeegeschäfte abzuschließen.

Börsenstimmungsbild.

Berlin, 8. Januar. Die Börse war auf die innerpolitischen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten anfangs **zurückhaltend bei Neigung zu Abschwächungen**, namentlich auf dem **Montanmarkt**. Schärfer **gedrückt waren** ferner einige Farbwerte. Neuguinea lag um 60 Prozent niedriger auf die Zeitungsmeldung, **wonach die jüngste Aufwärtsbewegung** in den Verhältnissen der **Gesellschaft** nicht begründet sei. Sonstige Kolonialwerte lagen **still, waren aber** verhältnismäßig wenig verändert. Später gab ein neuerliches kräftiges Anziehen ausländischer Zahlungsmittel **den Anlaß zu Käufen, namentlich auf dem Montanmarkt, wodurch** anfängliche Einbußen zum großen Teil wett gemacht wurden. Deutsch-Luxemburger und Gelsenkirchen notierten 6 Proz. höher. Von Elektrizitätswerten gewann A. E. G. 6 Proz. Schiffahrtsaktien bekundeten von vornherein feste Haltung bei mäßigen Besserungen. Neuguinea erholte sich um 25 Prozent. Am Anlagemarkt erfuhren mexikanische Anleihen einen neuerlichen erheblichen Aufschwung. Auch Türkenlose stellten sich bemerkenswert höher. Sonst war die Haltung auf diesem Gebiet ruhig. Ungarische Kronenrente besserte sich um 1 Prozent. Für Banken gab sich größeres Interesse kund. Dresdner Bank gewann über 3 Prozent.

Devisenkurse.

Berlin 8. Januar.

Die amtlichen Notierungen für telegraphische Auszahlungen stellen sich an der heutigen Börse in Vergleichung zum vorhergehenden Tage in Mark wie folgt:

		Heute		Voriger Tag	
		Geld	Brief	Geld	Brief
New York	1 Doll.	—,—	—,—	—,—	—,—
Holland	100 fl.	1899,50	1902,50	1863,50	1866,50
Dänemark	100 Kr.	924,25	925,75	916,75	918,25
Schweden	100 Kr.	1064,25	1065,75	1044,25	1045,75
Norwegen	100 Kr.	1004,25	1005,75	994,25	99 .75
Schweiz	100 Fr.	894,25	895,75	879,25	880,75
Wien, altes		31,95	32,05	32,20	32,30
Oesterreich, abgest.		25,35	25,45	25,45	25,55
Prag		79,40	79,60	79,65	79,85
Ungarn		31,85	31,95	32,20	32,30

Konstantinopel Geld —,— Brief —,— für ein türkisches Pfund.

Spanien Geld 955,25 Brief 958,75 für 100 Pesetas

Helsingfors 153,25 154,75 Deutsche Mark für 100 Finnische Mark.

Produktenbericht.

Berlin, 8. Januar. Die Tendenz für Hafer blieb unverändert fest. Von Hülsenfrüchten hatten inländische Speiseerbsen und -bohnen ruhiges Geschäft. Ausländische Erbsen waren gefragt. Für Ackerbohnen zeigte sich vermehrte Nachfrage, ebenso für Peluschken. Lupinen stellten sich etwas fester. Serradella befestigte sich infolge zunehmender Nachfrage. Für Heu und Stroh hielt die Festigkeit an.

Berlin, 8. Januar. **Amtliche Notizen.** Inländ. Hafer für 100 Kg. in Mark: sofortige Abladung 2500 Mk. Tendenz sehr fest.

Deutsch-Ueberseeische Elektrizitäts-Gesellschaft. Die Abschlußziffern der Gesellschaft für die Geschäftsjahre 1917 und 1918 haben wir bereits mitgeteilt; für das Jahr 1918 wird bekanntlich eine Dividende von 6 Prozent für die Vorzugsaktien vorgeschlagen. Der Rechenschaftsbericht des Vorstandes bemerkt, daß die ungünstigen Geschäftsresultate in den beiden letzten Jahren lediglich durch Wirkungen des Weltkrieges, und zwar vornehmlich durch die ungeheuren Ausgaben für Brennstoffe bei den Elektrizitätswerken Buenos Aires verursacht wurden. Nach Beendigung des Krieges und Aufhebung der schwarzen Listen — die bereits erfolgt ist — dürfe mit einem allmählichen Heruntergehen der Brennmaterialkosten gerechnet werden. Der Vorstand glaubt daher, wenn auch nicht schon für das laufende Jahr, so doch in absehbarer Zeit wieder befriedigende Ergebnisse in Aussicht stellen zu können. Ueber die Ergebnisse der Chilian Electric Tramway and Light Company, Limited, im Jahre 1918 ist die Gesellschaft bisher noch nicht unterrichtet. Nach englischen Zeitungsmeldungen hat der Board of Trade in London die das Eigentum der Deutsch-Ueberseeischen Elektrizitäts-Gesellschaft bildenden Vorzugs- und Stammaktien der Chilian Electric Tramway and Light Company, Limited, öffentlich zum Verkauf ausgeschrieben und als Termin für die Einreichung von Angeboten den 7. Oktober 1919 festgesetzt. Ueber das Ergebnis dieser Ausschreibung ist noch nichts bekannt.

Bei der Boppe u. Wirth Akt.-Ges. in Berlin ist der Geschäftsgang befriedigend. Ob eine höhere Dividende als im Vorjahre (12 Prozent) in Frage kommt, läßt sich noch nicht sagen.

Neckarsulmer Fahrzeugwerke A.-G., Neckarsulm. Der Aufsichtsrat hat beschlossen der auf den 30. Januar 1920 einzuberufenden Generalversammlung die Verteilung einer Dividende von 15 Prozent (i. V. 15 Proz. Dividende und 5 Proz. Bonus) vorzuschlagen. Der **Reingewinn** für das Ende September abgelaufene Geschäftsjahr 1919 beträgt, abzüglich der Abschreibungen auf Immobilien, Maschinen usw. 923 491 Mk. (i. V. 1 310 930 Mk.). Außerdem stehen zur Verfügung 1 335 803 (1 354 873) Mk. Vortrag vom Vorjahr. 100 000 (200 000) Mk. sollen zu einer Rückstellung für Beamten- und Arbeiterfürsorge und 100 000 Mk. (wie i. V.) zur Linderung der Wohnungsnot ausgewiesen und vom Gewinnvortrag 1 325 000 (—) Mk. auf Sonderrücklage, zur Stärkung des Unternehmens für die kommenden schwierigen Zeiten, übertragen werden. Der **Auftragsbestand ist bedeutend**, inwieweit er aber zur Erledigung kommen kann, hängt von der Klärung der derzeitig recht undurchsichtigen Geschäftslage ab.

Hirsch, Kupfer- und Messingwerke A.-G. in Berlin. In der außerordentlichen Generalversammlung wurde ohne Erörterung die beantragte Erhöhung des Grundkapitals um 20 auf 50 Mill. Mark beschlossen. Wie der Vorstand Aron Hirsch zur Begründung der Maßnahme ausführte, konnte durch die im Oktober erfolgte Ausgabe von 18 Mill. 4½proz. Schuldverschreibungen der gesamte Geldbedarf für das Unternehmen nicht voll gedeckt werden, vielmehr reichte das beschaffte Kapital nur zur Deckung der noch erwachsenen Aufwendungen für Durchführung von Bauten usw. Inzwischen seien die **Metallpreise außerordentlich weiter gestiegen** und die erhöhten Betriebsaufwendungen erforderten eine neue Verstärkung der Mittel des Unternehmens, das von Stufe zu Stufe ansteigend eine weitere gute Geschäftsentwicklung aufzuweisen habe. Mit Genugtuung dürfe dies festgestellt und der Erwartung Ausdruck gegeben werden, daß — eine ausreichende Belieferung mit Brennmaterialien vorausgesetzt — auch für das erhöhte Kapital ein befriedigendes Ergebnis im neubegonnenen Geschäftsjahre in Aussicht gestellt werden könne. Der bei der Gesellschaft vorliegende **Auftragsbestand sei ganz enorm** und erstrecke sich über das ganze Jahr 1920. Betreffs des Ergebnisses für das soeben abgeschlossene Geschäftsjahr kann sich die Verwaltung noch nicht äußern, sie hegt aber in dieser Beziehung keine Sorge. Die neuen Aktien werden von der der Gesellschaft nahestehenden Gruppe zu 110 Prozent übernommen. In Aussicht genommen ist, die Aktien im Verhältnis von 3 zu 2 den Aktionären zu 115 Prozent anzubieten, doch hängt die Entscheidung über die näheren Bedingungen von den Vereinbarungen mit der Staatsregierung ab. Vertreten war 15 103 000 Mark Kapitel.

Gewerkschaft Siegfried I. in Vogelbeck. Die Generalversammlung beschloß die Aufnahme einer 5proz., in 25 Jahren mit 103 Proz. rückzahlbaren Obligationsanleihe von 2 000 000 Mk. Der Geldbedarf der Gesellschaft stellt sich rund auf 2 290 000 Mk. Davon sind 1 100 000 Mk. Bankschulden, der Rest ist für neue Anlagen bestimmt.

Erdöl- und Kohlenverwertungs-Akt.-Ges. in Berlin. Das Deutsche Erdgas-Werk in Olbersdorf, eine der bestfundierten und größten deutschen Unternehmungen, ist der Erdöl- und Kohlenverwertungs-A.-G. in Berlin angegliedert worden.

Große Kasseler Straßenbahn. Akt.Ges. Die Generalversammlung setzte die Dividende auf 6 Proz. fest und beschloß eine Teilschuldverschreibungsanleihe von 1,25 Mill. Mark aufzunehmen, die mit einem Zinsfuß von 4½ Proz. und mit einer Rückzahlungspflicht von 102 Proz. ab 1925 ausgestattet wird. Die neuen Mittel dienen zum Bau von 15 Motorwagen, Errichtung einer eigenen Reparaturwerkstatt und Ausbau des jetzigen Leitungsnetzes.

J. Elsbach A.-G. in Herford. Der Aufsichtsrat bringt für das Geschäftsjahr 1918/19 die Verteilung **einer Dividende** von 12 Prozent (wie i. V.) **und** einer Sonderausschüttung von 5 Proz. (0) in Vorschlag.

Große Preissteigerung am Schrottmarkt. Infolge des in der letzten Zeit überaus erschwerten regelmäßigen Bezuges von ausländischen Erzen haben sich die deutschen Werke veranlaßt gesehen, auf die Vorkommen von Inlanderzen, soweit angängig, zurückzugreifen. Aber auch hier ist die Produktion infolge allgemeiner Transportschwierigkeiten nur sehr beschränkt, so daß die Deckung des Bedarfs durch inländische Erze nur einen mangelhaften vorübergehenden Ersatz darstellen kann. Infolgedessen macht sich bereits auf verschiedenen Werken Oberschlesiens wie Rheinland-Westfalens ein empfindlicher **Mangel an Eisen** geltend, was wiederum zur Folge hat, daß die Preise am Schrottmarkt geradezu enormen Umfang angenommen haben. Die erst kürzlich im Handel verlangten Preise von 900 bis 1000 Mark pro Tonne Alteisen sind beinahe schon wieder zur Ausnahme geworden, und es werden bereits **Preise von 1400 Mark** und mehr bezahlt.

Tabakanbau im deutschen Zollgebiet im Jahre 1919. Nach einer Aufstellung des Statistischen Reichsamtes wurden im deutschen Zollgebiet von 734 399 Tabakpflanzern 711 087 Grundstücke mit weniger als 4 Ar Flächeninhalt und 82 715 Grundstücke von 4 Ar und mehr Flächeninhalt mit Tabak bepflanzt. Der gesamte Flächeninhalt der mit Tabak bepflanzten Grundstücke betrug 12 611,2 Hektar gegen 11 851,6 Hektar im Jahre 1918, mithin gegen das Vorjahr 759,6 Hektar mehr.

Berliner Kindl-Brauerei Akt.-Ges. in Berlin. Die Generalversammlung setzte die Dividende auf 14 Proz. für die Prioritäts-Stammaktien und auf 12 Proz. für die Stammaktien fest und stimmte der Kapitalserhöhung um 750 000 Mk. auf 4 750 000 Mark durch Ausgabe von Stammaktien zu. Der Vorsitzende verwies auf das Scheitern des Friedrichshain-Projektes. Die Brauerei Gabriel & Richter geht dagegen vollständig in den Besitz der Kindl-Brauerei über.

National-Aktien-Bierbrauerei Braunschweig vorm. Jürgens. Bei 1 331 091 (833 190) Mk. Biererlös ging der Reingewinn nach 71 463 (70 109) Mk. Abschreibungen auf 76 623 (85 389) Mk. zurück, woraus wieder 3 Proz. Dividende verteilt werden.

Amerikanische Warenmärkte.

Chicago, 6. Januar. Weizen: Jan. —, Mai —, Juli —, Sept. —. Mais: Jan. 139¾, Mai 136¾, Juli 134¾, Sept. —. Schmalz: Jan. 23,70, März 24,75, Mai 24,35. Pork: Jan. 37,00, Mai —, Juli —. Rippen: Jan. 19,30, März 20,20, Mai 20,50. Hafer: Jan. —, Mai 84⅞, Juli 77⅞.

Newyork, 6. Januar. Winter- u. Sommerweizen: —. Mais loko: 169¾. Mehl: 9,25—10,50. Schmalz: 24,10. Kaffee: 16⅛.

Berliner Börse

vom 8. Januar 1920

(Telegramm.)

Deutsche Werte:	
4½% Dtsch. Schatzsch VI—IX	73,50
5% Dtsch. Reichsanl.	77,50
4% " "	64,50
3½% " "	58,75
3% " "	60,30
4% Preuß. Konsols	61,00
3½% "	55,80
3% "	51,25
4% Charl. Stadtanl. 89/99	93,60
4% Magdb. Stadtanl. 91/06	90,50
4% Sächs. Neulandsch Pfdbl.	—
4% Preuß. Centr. Bod. Pfdbl.	98,50
4% Preuß. Hyp Bk. Pfdbl. 1911	100,00
4½% Dess. Gas Oblig	—
4% Dessauer Gas Obl.	100,25
Ausländ. Werte:	
4% Oesterr. Kronenrente	29,00
4% Ungar. Goldrente	66,00
4% Ungar. Kronenrente	35,75
Eisenbahn-Aktien:	
Halberst.-Blankenb.	—
Halle-Hettstedter	63,50
Schantungbahn	580,00
Allg. Lokal-Str.	—
Gr. Berl. Str.	—
Magdeburger Str.-B.	—
Prinz-Heinrich-B.	620,00
Orientbahn	428,00
Schiffahrts-Aktien:	
Hambg. Paketfahrt	181,00
Hambg. Südamerika	250,00
Hansa-Dampfschiff.	267,00
Nordd. Lloyd	141,75
Bank-Aktien:	
Bank f. Thür.	137,25
Berl. Handelsges.	163,00
Commerz-Diskontobank	131,00
Darmstädter Bank	129,00
Dessauische Landesbank	—
Deutsche Bank	270,00
Diskonto-Comm.	184,00
Dresdner Bank	154,75
Leipzig. Credit-Anst.	152,75
Mitteld. Kreditbank	128,00
Mitteld. Privatbank	127,00
Nationalbank	130,75
Oesterr. Kredit	114,75
Reichsbank	143,75
Industrie-Aktien:	
Schultheiss-Brauerei	251,00
Akt. f. Anilin	263,00
Allgem. Elektr. Ges.	254,00
Ammendorfer Papierfabrik	545,50
Anhalter Kohlenw.	245,00
Annaberger Steingut	272,00
Badische Anilin	435,00
Bergmann Elekt. Akt.	209,75
Berl. Masch.-Bau	257,00
Bismarckhütte	280,00
Bochumer Gußstahl	259,00
Chem.-Fabr. Buckau	—

Chem. Griesheim	237,75
Chem. Heyden	398,50
Consolidation Schalk	368,00
Cröllwitzer Papierfbk	—
Daimler Motoren	268,75
Deutsche Luxemburg	234,00
Deutsche Uebersee-Elektr.	729,00
Deutsche Erdöl	585,00
Deutsche Gasglühl.	5110,00
Deutsche Kali	266,00
Deutsche Waffen und Mun.	251,00
Donnersmarckhütte	289,00
Döring & Lehrmann	127,75
Dürrkoppwerk	377,00
Engelhardt-Brauerei	246,00
Elberfelder Farben	[illegible]
Felten & Guilleaume	262,00
Gasmotoren Deutz	164,50
Gebhard & Co.	—
Gebhard & König	189,00
Gelsenkirchen Berg.	330,00
Glauziger-Zuckerfbk	330,25
Hallesche Maschfbk.	475,00
Hann. Masch.	409,00
Harpener Berg	254,50
Hasper Eisen	278,00
Hirsch Kupfer	291,50
Höchster Farbwerke	284,50
Hoesch Eisen u. Stahl	315,25
Hohenlohe Werke	168,00
Humboldt Masch.	153,00
Ilse Bergbau	403,00
Kahla Porzellan	441,00
Kaliw. Aschersleben	288,00
Körbisd. Zucker-Akt.	231,00
Kyffhäuserhütte	188,00
Lahmeyer & Co.	148,00
Lauchhammer	200,00
Laurahütte	194,00
Linke & Hofmann	400,00
Ludwig Loewe & Co.	289,00
Lothringer Hütte	262,00
Mannesmannröhren	239,00
Masch.-Fabr. Buckau	185,00
Oberschl. Eisenb.-Bd.	169,00
do Caro Hag.	178,50
do Kokswerke	299,75
Orenstein & Koppel	246,75
Phönix Berg	304,25
Rhein. Metall-Verz.	213,75
Rhein. Stahlwaren	223,00
Riebeck. Montan	285,00
Rombacher Hütten	229,75
Rositzer Braunk.	229,50
Rositzer Zucker	193,75
Sangerhäuser Masch.	[illegible]
Hugo Schneider A.-G.	225,00
Schuckert & Co.	166,50
Siemens & Halske	289,00
Stettiner Cham.	240,00
Stettiner Vulkan	207,00
Stollberger Zinkh.	250,00
Strals. Spielkarten	—
Thale-Eisenhütte	337,50
Triptis Porzellan	214,84
Türk. Tabakregie	1698,00
Ver. Köln-Rottweiler	244,75
Ver. Glanzstoff	810,00
Wegelin & Hübner	178,00
Werschen-Weißenfelser Braunk.	—
Westeregeln Alkali	380,00
Wittener Gußstahl	306,00
Wrede Mälzerei	112,25
Zeitzer Masch.	470,00
Zellstoff Waldhof	287,00
Otavi-Minen	587,50

Tendenz: fest.

Leipziger Börse.

Leipzig, den 8. Januar 1920.

Hallesche Zucker-Raffinerie	193,00
Leipziger Mälzfabrik, Schkeuditz	110,00
Landwirtsch. Masch. Zimmermann, Halle	164,00
Mansfelder Gewerkschaft	1500,00
Portland, Zementfabrik Halle	110,00
Prehlitzer Braunkohlen	830,00
Priorit.	1075,00
	5000,00

Verantwortlich für den politischen Teil: Carl Helms; für den örtlichen Teil, für Provinzialnachrichten, Gericht, Handel: Eugen Brinkmann; für Sport und Briefkasten: J. V.: Dr. Karl Baer; Feuilleton, Unterhaltungsblatt, Vermischtes usw.: Dr. Karl Baer; für den Anzeigenteil: Otto Bieler.
Druck und Verlag von Otto Hendel.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19200109012/fragment/page=0004